

Bildungsangebote ausbauen statt Betreuungsgeld!

Seit Wochen ist der im Koalitionsvertrag enthaltene Vorschlag eines Betreuungsgeldes in der Diskussion. Die SPD-Bundestagsfraktion warnt davor, an falscher Stelle zu investieren und die Bildungschancen von Kindern aufs Spiel zu setzen.

Ein Vorschlag, den der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag enthält, beschäftigt seit Wochen die Medien: das Betreuungsgeld. Die neue Bundesregierung will eine Zuhausebleibprämie einführen – eine Leistung für diejenigen Eltern, deren Kinder nicht in einer Kita betreut werden. Zwischen 1,4 bis 1,9 Milliarden Euro jährlich soll diese Prämie kosten. Diese stolze Summe wäre in dem Ausbau frühkindlicher Bildungs- und Betreuungsangebote viel sinnvoller angelegt. Von einem „bildungspolitischen Schildbürgerstreich“ ist bereits die Rede.

Verbände und Wissenschaftler laufen längst Sturm gegen das Betreuungsgeld. Ein offener Brief zahlreicher Organisationen von Anfang Dezember enthält deutliche Worte: Das Betreuungsgeld – ob als Barleistung oder Gutschein – sei „grundsätzlich kontraproduktiv“ und als „sozial- und gleichstellungspolitischer Rückschritt“ abzulehnen. Die Organisationen halten zu Recht ein „flächendeckendes Angebot an Kita-Plätzen für alle Kinder sowie Angebote der Familienbildung“ für den „richtigen Schritt zu mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit“.

Zahlreiche internationale und nationale Untersuchungen belegen, dass Kinder vom Besuch in Kindertageseinrichtungen profitieren. Diese Einrichtungen sind wichtig für die Bildungschancen von Kindern, dort können Benachteiligungen ausgeglichen werden. Kinder wachsen immer häufiger als Einzelkinder auf – in Krippen und Kitas erlernen sie frühzeitig soziales Verhalten. Kinder aus Zuwandererfamilien erfahren hierfrüh Sprachförderung. Das Betreuungsgeld in Gutscheinen auszuzahlen, hilft daher auch nicht weiter. Außerdem wäre es diskriminierend, Gutscheine nur an benachteiligte Familien auszugeben.

Das Beispiel Thüringen zeigt, dass das 2006 eingeführte Betreuungsgeld dort negative Anreize gesetzt hat. Vor allem Familien mit geringem Einkommen haben darauf verzichtet, Kinder in eine vorschulische Bildungseinrichtung zu bringen.

Schwarz-Gelb kann daher nur davor gewarnt werden, an dem Betreuungsgeld festzuhalten. Eine solche Prämie wäre eine Fehlinvestition. Wir fordern Bildungsangebote statt Betreuungsgeld!

Die für die Zuhausebleibprämie eingeplanten Haushaltsmittel sollten in Kinderbetreuungsangebote fließen. Das Tempo des Kinderbetreuungsbaus für unter Dreijährige ist noch zu langsam und muss beschleunigt werden. Bis 2013 fehlen nach jetzigem Stand noch mindestens 275.000 Plätze. Auch bei der Qualität der Kinderbetreuung bleibt noch viel zu tun. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die schrittweise Einführung der Gebührenfreiheit von Kitas, einen kleineren Betreuungsschlüssel sowie Verbesserungen bei der Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern. Langfristig wollen wir Tageseinrichtungen für Kinder zu Eltern-Kind-Zentren umgestalten.

Richtig ist der konsequente Ausbau der Infrastruktur für Familien. Damit erreichen wir mehr Chancengleichheit im Bildungssystem und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Veränderung der Betreuungsquoten der Zwei- bis Dreijährigen in Thüringen

2006/2007 nach Einführung des Betreuungsgeldes, in Prozent

STADT ERFURT	-2,6
STADT GERA	-9,9
STADT JENA	-1,8
STADT SUHL	0,8
STADT WEIMAR	-5,4
STADT EISENACH	-16,0
EICHSFELD	-12,6
NORDHAUSEN	1,6
WARTBURGKREIS	-2,6
UNSTRUT-HAINICH-KREIS	-7,5
KYFFHÄUSERKREIS	-9,8
SCHMALKALDEN-MEININGEN	-7,4
GOTHA	-6,5
SÖMMERDA	-5,5
HILDBURGHAUSEN	-9,4
ILM-KREIS	-3,1
WEIMARER LAND	-3,8
SONNEBERG	0
SAALFELD-RUDOLSTADT	-14,2
SAALE-HOLZLAND-KREIS	-7,5
SAALE-ORLA-KREIS	-7,2
GREIZ	-5,2
ALTENBURGER LAND	-10,8

Quelle: TLS, Thüringer Kindersozialbericht des Instituts für Erziehungswissenschaft, Lehrstuhl für Sozialpädagogik und außerschulische Bildung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena